

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einheit“ Zusatzklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 2 (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf. für die beigesteuerte Peltzelle oder deren Raum berechnet
--	---	--

Zur Ueberführung des Baugewerbes in die Friedenswirtschaft.

Die Eingabe der baugewerblichen Arbeiterverbände zur Ueberführung des Baugewerbes in die Friedenswirtschaft, die wir im Leitartikel unserer vorletzten Nummer kurz erwähnt haben, ist vom 10. September dieses Jahres datiert und an das Reichswirtschaftsamt und an das Königlich preussische Kriegsministerium (Allgemeines Arbeitsdepartement) gerichtet. Sie ist von 17 Arbeiterverbänden des Baugewerbes und der Baubewerger unterzeichnet, und zwar außer von unserm und dem christlichen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband der Zimmerer noch von den Verbänden der Dachdecker, Steinarbeiter, Maler, Glaser, Kalfschneurer, Fabrik-, Holz- und Metallarbeiter sowie einigen weiteren christlichen und kirchlich-dunkelsten Arbeiterverbänden.

Die Eingabe geht von den beiden Hauptschwierigkeiten aus, die sich bei Kriegsende auf dem Gebiete des Bauwesens ergeben werden und die wegen ihrer Wirkungen von allgemeiner volkswirtschaftlicher Bedeutung sind. Diese Schwierigkeiten sind:

1. in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die aus dem Felde heimkehrenden baugewerblichen Arbeiter;
2. in der Befriedigung des mit Kriegsende erheblich steigenden Wohnungsbedürfnisses.

Zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten wird die rechtzeitige Vorbereitung bestimmter Maßnahmen gefordert. Es wird darauf hingewiesen, daß es sich bei der Arbeitsbeschaffung um die Gesamtheit der deutschen Bauarbeiter handeln werde. Auch was heute in Arbeit stehe, werde mit Kriegsende oder doch bald danach aus den heutigen Arbeitsstellen auszuweisen müssen. Die noch im Lande tätigen Bauarbeiter seien fast reiflos an kriegerisch-wirtschaftlichen Bauten beschäftigt, die, soweit sie bis dahin nicht fertiggestellt seien, zum größten Teil ausgegeben werden würden. Die Verringerung der Zahl der baugewerblichen Arbeiter durch die Kriegsverluste werde kaum merklich ins Gewicht fallen. So sei damit zu rechnen, daß bald nach Kriegsende für etwa anderthalb Millionen Bauarbeiter Erwerb geschaffen werden müsse. Diese Arbeitsgelegenheit könne geschaffen werden. Der fast dreijährige völlige Stillstand der bürgerlichen Bautätigkeit sei ein genügendes Bedürfnis nach neuen Bauten und nach Wenderungen und Verbesserungen alter Bauten, um allen Bauarbeitern Erwerb zu bieten. Aber es sei nur dann möglich, wenn dies große Baubedürfnis alsbald befriedigt werden könne.

Die Grundbedingung jeder weiteren Maßnahme ist die Beschaffung der nötigen Baustoffe. Wir haben auf die Wichtigkeit gerade dieser Maßnahme schon vor einigen Wochen hingewiesen, als davon die Rede war, daß das Kriegsende die Wichtigkeit habe, wegen Einlösung der Stoffzufuhr die noch arbeitenden Biegeleien in großem Umfange stillzuliegen. Wenn beim Friedensschluß nicht die nötigen Baustoffe vorhanden sind, können weder die dann beschaffungslos Bauarbeiter in Arbeit gebracht, noch die erforderlichen neuen Wohnungen geschaffen werden. Die Eingabe bezieht sich auf die Beschaffung der nötigen Baustoffe: Ziegel (Mauer- und Dachziegel), Holz, Kalk, Zement, Dachschiefer, Treppprodukte, Eisenträger und Faserde als die wichtigsten der vorbereitenden Maßnahmen. Sie weist darauf hin, daß die Erzeugung aller Baustoffe während des Krieges stark eingeschränkt worden ist. Was vorhanden war und neu erzeugt wurde, habe gerade hingereicht, um den Bedarf bei den kriegerisch-wirtschaftlichen Bauten zu decken. Vorräte seien insofern nur in ganz beschränkter Menge vorhanden, jedenfalls ständen sie in keinem Verhältnis zu den Mengen, die alsbald nach Kriegsende gebraucht würden. Es sei darum nötig, die Er-

zeugung vorzubereiten, zum Teil alsbald damit zu beginnen.

Im einzelnen schlägt die Eingabe vor: Sofortige Feststellung, was an Baustoffen noch vorhanden ist; Herstellung von Ziegeln auf Vorrat noch vor Kriegsende; Abbruch der nötigen Kalfsteinmassen unter Verwendung der Kriegsgefangenen nach Beendigung der Erntearbeit; Beginn des Holzschlages für Bauhölzer im Herbst und Winter; Entlassung der nötigen Arbeiter zum Brennen von Kalk und Zement bei Aufnahme der Friedensverhandlungen aus dem Heeresdienst; Herausgabe der an den Fronten befindlichen Bestände an Eisenträgern, Schienen, Holz, Draht usw. an das Baugewerbe; Förderung der deutschen Schiefererzeugung, damit man wenigstens in der Uebergangszeit nicht auf ausländischen Schiefer angewiesen ist; Berücksichtigung des Malerergewerbes bei der Holzstoffzufuhr (Herbeischaffung der nötigen Oele, der Rohstoffe für Lacke usw.); Maßnahmen zur Herabsetzung oder Niedrighaltung der Baustoffpreise. Die Eingabe bemerkt zu diesen Vorschlägen noch, daß die Bereitstellung der nötigen Baustoffe in erster Linie von der Entlassung der dazu erforderlichen Arbeitskräfte aus dem Kriegsdienst abhängen. Der Heeresverwaltung und den Kommandostellen wird hierin jedes Entgegenkommen empfohlen, das irgend mit den militärischen Rücksichten zu vereinbaren ist.

Neben der Beschaffung der Baustoffe ist die Vorbereitung der Bauausführung von entscheidender Bedeutung. In der Eingabe wird deshalb dem Reichswirtschaftsamt dringend nachgesucht, durch die zuständigen Behörden des Reichs die als Bauauftraggeber in Betracht kommenden Verwaltungsbehörden und Körperschaften nachdrücklich anzuregen, die früher zurückgestellten und neu geplanten Bauvorhaben so vorzubereiten, daß sie alsbald nach Kriegsende ausgeführt werden können. Es wird gewünscht, daß die zur Prüfung eingereichten Baupläne auf ihre technische Zulässigkeit hin geprüft und insoweit genehmigt, und nicht einfach mit der Bemerkung zurückgewiesen werden, daß Bauten jetzt nicht ausgeführt werden könnten. Nach Kriegsende werde sonst die Zahl der Bauangelege so groß sein, daß die Bauaufsichtsbehörden sie in der gebotenen Zeit nicht prüfen könnten und alle vorbereitenden Maßnahmen wirkungslos würden.

Zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses wird in erster Reihe die Herstellung von Kleinwohnungen verlangt. Die Gründe für dieses Verlangen sind im „Grundstein“ so oft barzulegen worden, daß wir sie hier nicht zu wiederholen brauchen. Es wird angeregt, die Erstellung einer genügenden Zahl von Kleinwohnungen und Leihgärten jetzt schon soweit wie irgend möglich vorzubereiten. Die Förderung des Kleinwohnungsbaues durch Staat und Gemeinde wird als notwendig bezeichnet. Es müsse zunächst versucht werden, einen ungefähren Ueberblick über den vermittelbaren Umfang der Nachfrage zu gewinnen, was in Anlehnung an die Zahl der vorgekommenen Kriegstrauungen zur Not geschehen könnte. Des weiteren wird von den Staaten und Gemeinden die Bereitstellung von Baugelände für Kleinwohnungen und die Herabgabe billiger Baugelände und Hypotheken gefordert. Und schließlich wird auf den Wert einer Vereinfachung der Bauvorschriften für Kleinwohnungen und einer gründlichen Bauberatung und Baupflege hingewiesen.

Neben der Arbeitsbeschaffung und der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses entstehen für das Baugewerbe nach Kriegsende noch manche andere Schwierigkeiten. Es sei hier nur an den Ablauf der Tarifverträge erinnert, die bei der bekannten Haltung der Arbeitgeberverbände leicht Rohstoffkämpfe in größerem Umfang zur Folge haben könnten. Es ist kein Zweifel, daß solche Kämpfe in der Uebergangszeit durchaus unerwünscht sind und, wenn es irgend möglich ist, im Interesse der deutschen Volkswirtschaft vermieden werden müssen. Das kann aber nur geschehen, wenn den Arbeitern ausreichende Löhne gewährt werden. Die Eingabe bezieht sich als Pflicht der Behörden, auch hier auf mögliche Sicherung bedacht zu sein.

Insondere soll den Uebernehmern von Bauaufträgen die Einhaltung der vereinbarten Löhne und Arbeitsbedingungen zur Pflicht gemacht werden.

Zum Schluß empfiehlt die Eingabe, zur Durchführung der von den Arbeiterverbänden vorgeschlagenen und anderer zweckdienlicher Maßnahmen, der Reichszentrale für Uebergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe anzuschließen, in der Vertreter der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, der Baustoffgewerbe und der öffentlichen Arbeitsnachweise zusammen mit den amtlichen Vertretern diese und weitere Fragen des Bauwesens der Uebergangszeit beraten könnten. Im übrigen schließen sich die Berufsverbände der Bauarbeiter den Vorschlägen der Gewerkschaftszentralen vollständig an, die wir in Nr. 88 des „Grundstein“ besprochen haben.

Neuorientierung der Gewerkschaften.

Den Kampf, den die Spartakisten, Internationalisten und ein Teil der sogenannten „unabhängigen“ Sozialisten schon vor Jahresfrist gegen die Politik der Gewerkschaften und gegen die Gewerkschaftsleitungen proklamiert haben, will jetzt anscheinend die Leipziger Buchdrucker-Arbeiterschaft in großartiger Weise organisieren. Sie kündigt die Herausgabe einer „sozialdemokratischen Gewerkschaftsblätter“, an, deren Aufgabe es sein soll, die Gewerkschaftsfragen im Gegenlicht der offiziellen Gewerkschaftsliteratur „vom sozialistischen Standpunkt aus“ zu beleuchten. Das erste Heft dieser Blätter liegt bereits vor. Es ist von Paul Lange, dem Redakteur der „Handlungsgehilfen-Zeitung“, verfaßt und trägt den in der Ueberschrift angegebenen Titel. Wer diesen Titel liest, könnte leicht auf den Gedanken kommen, daß Paul Lange irgend etwas Interessantes und für die Gewerkschaften Wichtiges zu sagen habe. Das ist aber nicht der Fall. Die Schrift enthält nicht einen einzigen neuen Gedanken; sie enthält überhaupt kaum einen eigenen Gedanken des Verfassers. Dieser arbeitet vielmehr mit den Gedanken anderer, und zwar nicht dadurch, daß er diese Gedanken innerlich verarbeitet und sie dann als Ergebnis eigenen Denkens zu einem neuen Ganzen verbindet; er hat vielmehr die Gedanken anderer in Zeitungs- und Zeitschriften gesammelt und sie nun in seiner Schrift in Form von Zitaten handwerksmäßig zusammengestellt. Einzelne dieser Zitate nehmen ganze oder fast ganze Seiten ein, wobei zu bemerken ist, daß die Schrift nur 87 Seiten stark ist.

Bei dem Mangel eines Zeitgedankens ist es schwer zu sagen, was Paul Lange mit seiner Schrift eigentlich bezwecken will. Anscheinend will er durch sie dartun, daß die Politik der Gewerkschaften während des Krieges verfehlt gewesen sei und den Interessen der Arbeiter nicht entsprochen habe. Das spricht er zwar nirgends klar aus; aber man muß das aus der ganzen Art seiner Zitatensammlung entnehmen, wenn man nicht überhaupt annehmen will, daß er die Schrift nur zusammengestellt hat, um sich an einigen ihm persönlich nicht zugehörigen Gewerkschaften und Parteigenossen zu rächen. Lange geht in seiner Schrift von der platten Selbstverständlichkeit aus, daß man die Erfolge der Gewerkschaften nicht lediglich nach der Zeit und den Mäßen beurteilen dürfe, die die daran beteiligten Personen aufzuwenden haben, sondern sie nur im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung richtig würdigen könne. In einigen Zitaten des „Correspondenzblattes der Generalcommission“, der „Metallarbeiterzeitung“, der „Chemischer Volkstimme“ und des „Proletarier“ scheint er nachzuweisen zu wollen, daß Gewerkschafter nach Kriegsausbruch gegen diese Selbstverständlichkeit verstoßen hätten. Die von ihm angeführten Zitate sind dafür aber gar kein Beweis; sie stehen mit den vorausgegangenen Sätzen überhaupt in keinem Zusammenhang. Das „Correspondenzblatt“ hatte nämlich davon gesprochen, daß der Krieg aus Situationen schaffe, die nicht gesellschaftsbewußten, sondern in hohem Maße gesellschaftsbewußten wirkten, die Metallarbeiterzeitung hatte von einer neuen Zeit gesprochen, die aus uns allen andere Menschen gemacht habe und in der Solidarität und Giltleistung aus unerschöpflicher Not Gemeingut eines großen und leistungsfähigen Volkes geworden sei, und in der „Chemischer Volkstimme“ hatte Heinenmann — allerdings in übertriebener Weise — auf die veränderte Stellungnahme hingewiesen, die ein Teil des Unternehmens nach Kriegsausbruch zum Abschluß kollektiver Arbeitsverträge angenommen habe. Der „Proletarier“ schließlich hatte die Ueberzeugung Heinenmanns kritisiert. Was das alles mit der Beurteilung



der gewerkschaftlichen Erfolge zu tun hat, bleibt das Geheimnis Paul Langes, der mit diesen an den Saaren herbeigezogenen Zitäten nahezu sechs von den 37 Seiten seines Schriftchens ausfüllt.

Lange stellt dann die Frage, wie sich während der Kriegszeit das Verhältnis zwischen den Unternehmern einerseits und den Angestellten und Arbeitern andererseits gestaltet habe. Seine Antwort — die er übrigens auch wieder aus der Schrift eines andern zitiert — geht dahin, daß zwischen dem Nominallohn und dem Reallohn des Arbeiters im Laufe des Krieges eine steigende Spannung eingetreten, mit andern Worten, daß die Kaufkraft des Lohnes ständig gesunken sei, eine Tatsache, die bekanntlich in den letzten zwei Jahren, den Gewerkschaften und Parteiführern ohne das Dazutun Paul Langes unabhingliche Male hervorgehoben worden ist und gegen die sich die Tätigkeit der Gewerkschaften während des Krieges, und zwar nicht ohne Erfolg, hauptsächlich gerichtet hat. Ferner findet Lange, daß der Profit der Beden- und Grubenbesitzer sowie anderer Kriegsindustrieller viel mehr gestiegen sei, als die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten — ebenfalls eine Tatsache, die von der Partei- und Gewerkschaftspresse vor weiß wie oft festgestellt, freilich und von den Gewerkschaften durch Forderungen bekämpft worden ist. Wenn Paul Lange ein Mittel wüßte, die Arbeit der Gewerkschaften erfolgreicher zu machen, als sie während des Krieges gewesen ist, die Spannung zwischen Nominallohn und Reallohn zu vermindern und den Profit der Unternehmer den Arbeitern zusammen zu lassen, so müßte er dieses Mittel nennen. Er hat aber in seiner Schrift weder den Nachweis erbracht, noch diesen Nachweis auch nur versucht, daß die Gewerkschaften durch eine andere Taktik während des Krieges mehr erreicht hätten als durch die von ihnen eingeschlagene.

Daß die Löhne der Arbeiter während des Krieges im allgemeinen wesentlich erhöht worden sind, kann Paul Lange nicht bestreiten; er sucht aber die gewerkschaftlichen Leistungen wenigstens dadurch herabzusetzen, daß er behauptet, die Lohn-erhöhungen seien nicht so sehr auf die Tätigkeit der Gewerkschaften als auf den Bedarf an Arbeitskräften zurückzuführen. Er tut zunächst so, als hätte er nie etwas davon gehört, welche Anstrengungen eine Reihe von Gewerkschaften in der Zeit größter Arbeitslosigkeit nach Kriegsausbruch machen mußten, um die Unternehmer von der Herabsetzung der Löhne zurückzuhalten, und als hätte er auch nie etwas davon gehört, welche Mühen es in verschiedenen, ja in den allermeisten Gewerben, nicht zuletzt auch im Baugewerbe, gekostet hat, später für die Arbeiter Teuerungszulagen durchzusetzen und sie der fortschreitenden Teuerung entsprechend zu erhöhen. Die Art und Weise, wie er die ganz besonders eigenartigen Verhältnisse in der Militärkategorie als Beweis für seine Behauptung heranzieht, läuft geradezu auf eine absichtliche Verzerrung seiner Zitate hinaus. Denn in Wirklichkeit kennt natürlich Paul Lange die Anstrengungen der Gewerkschaften zur Erhöhung der Arbeiterlöhne ganz genau. Das geht mit aller Deutlichkeit schon daraus hervor, daß er an anderer Stelle seines Schriftchens, wo es ihm um den Nachweis zu tun ist, wie entschieden die Unternehmer gegenüber den Arbeitern auch während des Krieges ihre Interessen vertreten, sich selbst widerlegt, indem er ausführt, daß der Materialverband erst einen harten Kampf durchzuführen mußte, um die Unternehmer dahin zu bringen, die Verpflichtung anzuerkennen, die sie in diesem Tarifvertrage übernommen hatten.

Das dritte Kapitel seines Schriftchens leitet Paul Lange mit der Bemerkung ein: die Tatsache, daß während des Krieges der Kapitalismus immer stärker geworden sei, vorgegen die Arbeiter und Angestellten in ihrer Lebenshaltung immer unangünstiger gestellt worden wären, müßte für alles gewerkschaftliche Denken und Tun die Richtschnur sein. Das ist sehr richtig. Leider wird nur gerade von jener Seite, der Paul Lange mit seinem Schriftchen dienen will, nicht nach dieser Erkenntnis gehandelt. Aus dieser Erkenntnis müßte nämlich jeder einseitige Gewerkschaftler den Schluß ziehen, daß für die Arbeiter der während des Krieges gewaltig gesteigerten Kapitalmacht des Unternehmertums gegenüber nur der feste gewerkschaftliche Zusammenschluß, nicht aber die auf jener Seite betriebene Werbetätigkeit der Arbeiter und die Zerstückelung der Gewerkschaften förderlich ist.

Lange nimmt ferner Anstoß an dem in der ersten Kriegszeit in vielen Gewerben gegründeten Arbeitsgemeinschaften, zu denen sich Unternehmer und Arbeiter zusammengeschlossen haben, um gemeinsam für die Berechtigung der Arbeit zu wirken, für die Kriegserfordernisse zu sorgen und andere, die Arbeiter und Unternehmer gemeinsam interessierende Aufgaben zu erfüllen. Er stellt sich auch hier wieder, als könnte er nicht wissen, daß es zwischen Arbeitern und Unternehmern trotz aller wirtschaftlichen Gegensätze auch manches Gemeinsame gibt, und als hätte er jeden, der sich zu einer solchen Arbeitsgemeinschaft hergibt, für einen Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft. Dabei kann er dann glücklicherweise nicht uermahnen lassen, daß der mit unter seiner Leitung stehende Handlungsgemeinschaften selbst gemeinsam mit den Unternehmern ihres Berufs für den Arbeitsbedarfsfuß und später den Eisen- und Stahlbedarf gewaltig als gemeinsame Interessen gemeinsam vertreten hat. „Wer“, sagt er, „das geschah doch nur, weil sie (die Handlungsgemeinschaften) nicht stark genug waren, eine Arbeitssteigerung durch gewerkschaftliche Kampfmittel herbeizuführen“. Nun, auch die andern Gewerkschaften haben Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern nur gegründet, um bestimmte, ihnen allein nicht gut erreichbare Zwecke mit Hilfe der an dem gleichen Zwecken interessierten Unternehmer besser erreichen zu können. Auch diese Arbeitsgemeinschaften haben

am Anfang des Krieges während der großen Arbeitslosigkeit in vielen Fällen eine Vertiefung der Arbeitszeit durch Einlegung von Halbtagsschichten und andere Mittel herbeigeführt.

Daß Paul Lange im Rest seines Schriftchens zu sagen zum Beispiel den Gewerkschaften — oder wenigstens einem Teil von ihnen —, daß sie aus ihrer nationalistischen Stimmung heraus, gewissermaßen als Antwort auf die Angriffe, die ausländische Politik bei Kriegsanfang gegen Deutschland erhoben haben, das Verbot der Einwanderung ausländischer Arbeiter verlangt hätten, während in Wirklichkeit lediglich in einer Reihe von Gewerkschaftskartellen die Frage diskutiert worden ist, ob die deutschen Gewerkschaften für eine Regelung der Einwanderung auf Grund der vorhandenen Bedürfnisse eintreten sollen. Mit voller Achtheit verweigert Lange, daß die gleichen Diskussionen zu gleicher Zeit und schon früher in Frankreich und England stattgefunden und daß die Gewerkschaften dieser Länder bereits einen Beschluß gefaßt haben, in dem ausdrücklich das verlangt wird, worüber man in Deutschland diskutiert hat.

Auf der andern Seite behauptet Lange die deutschen Gewerkschaftsführer wahrheitswidrig, sie hätten einen Beschluß der englischen, französischen, belgischen und italienischen Arbeitervertreter, der am 5. Juli 1916 in Leeds gefaßt worden sei und der sich für ein internationales Arbeiterkongressprogramm in den Friedensverträgen ausdrückt, den deutschen Gewerkschaftsmitgliedern bis Ende Mai 1917 verbheimlicht. Und zwar hätten sie das getan, weil die deutschen Gewerkschaftsführer wohl der Meinung gewesen seien, „daß die nationale Gesinnung der Arbeiter darunter leiden könnte, wenn sie sich wieder mit ihren internationalen Interessen beschäftigen würden“. In Wirklichkeit haben wir, als erstes deutsches Gewerkschaftsblatt, schon im Oktober 1916 in einem Sonderheft unter der Überschrift „Arbeiterfriede und Friedensverträge“ diese Frage behandelt und den deutschen Gewerkschaften nahegelegt, auch ihrerseits solche Forderungen zu erheben („Grundstein“ Nr. 44, Jahrgang 1916). Damals lagen in Deutschland die Forderungen der Leeder Konferenz im Wortlaut noch nicht vor; wir konnten infolgedessen nur den Inhalt dieser Forderungen skizzieren, wie sie im Juni 1916 vom französischen Bauarbeiterverband angeregt und von den französischen Gewerkschaften angenommen waren, und im Anschluß daran eine Meinung des „Vorwärts“ wiedergeben, wonach der Verband englischer Gewerkschaften die gleichen Forderungen gestellt hätte. Aber sobald die Leeder Beschlüsse in Deutschland im Wortlaut bekannt waren, wurden sie auch im Wortlaut veröffentlicht, zum Beispiel in der „Internationalen Korrespondenz“ am 24. November 1916, im „Bulletin des internationalen Arbeitersamtes“ am 16. Dezember, in der „Metallarbeiter-Rundschau“ im Januar 1917.

In dieser Weise hält es Paul Lange für gut, seine Leser über Tatsachen zu „unterrichtern“ und bei ihnen die nötige Stimmung gegen die Gewerkschaftsleitungen hervorzurufen. Es ist das die gleiche Stempellosigkeit im Aufstellen unserer Behauptungen und in der Polemik gegen selbsterrfundene, den Gewerkschaften unterstellte Ansichten und Bestrebungen, wie wir sie bereits aus gewissen Artikeln kennen, die die „Leipziger Volkszeitung“ des Herten „von gewerkschaftlicher Seite“ bekommt und hinter denen vermutlich der gleiche Verfasser steht. Auf den Ende Arbeiter wird eine solche Schrift zweifellos keinen Eindruck machen; die werden hinter dem Schein von Objektivität, die der Verfasser durch die Aufzählung seiner Darlegungen vorzutauschen versucht, den Jwed der ganzen Sache erkennen. Und wenn die folgenden Hefte dieser angeht, „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftsblätter nicht besser zurechtgemacht sind als das erste, dann werden mit ihnen kaum große Massen von Gewerkschaftsmitgliedern gegen die Gewerkschaftsleitungen aufgebracht sein.

Die siebte Kriegsleihe

Ist vor einigen Wochen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt worden. Sie besteht wieder aus fünfprozentigen Schuldverschreibungen des Reiches und viereinhalfprozentigen Schatzanweisungen. Für die Zeichnung dieser Anleihe wird wieder in allen Schichten der Bevölkerung lebhaft gearbeitet, und es ist bei den gebotenen günstigen Bedingungen auch zu erwarten, daß sich wieder alle finanzkräftigen Bevölkerungsschichten daran beteiligen werden. Die große Masse der Arbeiterklasse ist leider nicht so gestellt, daß sie die gebotenen günstigen Bedingungen durch Zeichnung von Kriegsanleihen ausnützen kann; denn ihr Einkommen reicht angesichts der Teuerung selber kaum zur Befriedigung ihres Lebens aus. Um so mehr muß man erwarten, daß jene Bevölkerungsschichten dem Reich finanziell unter die Arme greifen, denen während des Krieges aus der Tätigkeit der Arbeiter und aus der tiefen Preissteigerung für Lebensmittel und Verbrauchsgüter alle Art hohe Gewinne zufließen. In letzter Linie handelt es sich bei diesen Gewinnern doch nur um Gelder, die aus der Arbeit und dem Portemonnaie der großen Volksmassen kommen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Ergebnis der Feststellung vom 24. September. Diesmal ist der Bericht aus dem Bezirk Hannover ausgegeben. Die ohne diesen Bezirk erstatten 75 Bauarbeiterverbände hatten unter ihren 80 095 Mitgliedern 47 Arbeitslose. Dem Hundert der Mitglieder sind das 0,06. Am vorigen Feststellungszeitpunkt waren bei 44 Arbeitslosen ebenfalls 0,06 vom Hundert, 0,02, in der Vorwoche gewesen; das waren vom Hundert in dieser Woche erstatten Mitgliederzahl 0,04. Die

Arbeitslosigkeit und damit auch der Unterflüchtigkeitsbedarf bleiben auch weiterhin nur ganz geringfügig.

Bezirk	Beitrag der Bauarbeiterverbände	An den berichtigten Berichtigungen	An den berichtigten Berichtigungen		An den berichtigten Berichtigungen	
			Arbeiter	Unterflüchtige	Arbeiter	Unterflüchtige
1. Königsberg	21 21	1907	—	—	—	—
2. Bromberg	31 31	1501	—	—	—	—
3. Stettin	51 51	1881	—	—	—	—
4. Breslau	65 65	3905	—	—	—	—
5. Berlin	75 75	9229	—	—	—	—
6. Magdeburg	83 83	9129	—	—	—	—
7. Erfurt	42 42	2134	—	—	—	—
8. Frankfurt	15 15	5987	—	—	—	—
9. Köln	16 16	7677	—	—	—	—
10. Dortmund	17 17	2324	—	—	—	—
11. Hannover	—	—	—	—	—	—
12. Bremen	29 29	2535	—	—	—	—
13. Hamburg	69 69	5194	—	—	—	—
14. Hildesheim	62 62	1629	—	—	—	—
15. Dresden	16 16	7250	—	—	—	—
16. Leipzig	79 79	8043	—	—	—	—
17. Nürnberg	26 26	—	—	—	—	—
18. Stuttgart	36 36	3594	—	—	—	—
19. München	8 8	1848	—	—	—	—
20. Karlsruhe	16 16	2972	—	—	—	—
21. Straßburg	6 6	144	—	—	—	—
Zusammen	753 753	80095	20	27	6	11

Arbeitsmarkt.

Für die Mieberaufbauarbeiten in Ostpreußen werden Maurer zum sofortigen Eintritt gesucht. Nähere Auskunft über Höhevergütung, Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen erteilt der Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Königsberg, Kappelerstraße 3.

Berichte.

Beitrag Erfurt. In Nr. 37 des „Grundstein“ haben wir berichtet, daß der Rohntreit mit der Firma Diederhoff & Widmann dem Schlichtungsausschuß für den Vaterländischen Hilfsdienst zur Entscheidung und Entscheidung unterbreitet sei. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses hat die Eingabe des Arbeiterausschusses gemäß der Firma D. & W. zur Milderung übermittle. Diese stellte sich auf den Standpunkt, daß die von der Firma Zeit vor dem 27. April 1917 gefasste Entscheidung von 10 3 die Stunde über den Bezugslohn, einschließlich erste Kriegszulage, auf Grund des Vertrages vom 27. April 1917 auf die zweite Kriegszulage anzureichen gewesen sei. Die Forderung der Arbeiter sei deshalb unbegründet und vertragswidrig; die Firma sei an diesen Vertrag gebunden und könne somit weitere Forderungen nicht bewilligen. Sie lehnte es auch ab, entgegen dem Verlangen ihrer Bauarbeiter vom 18. August 1917, die Firma Zeit wieder in diese Angelegenheit hineinzuziehen. Wir wiesen demgegenüber in unjener Gegenklärung darauf hin, daß jener der Satz im Schreiben des Reichsanwalters vom 6. Mai dieses Jahres: „Für die Arbeiterklasse kommen ferner diejenigen Beträge nicht in Betracht, die über den Tariflohn und die erste Kriegszulage hinaus vom Bauern zu tragen sind, die Unrichtigkeit der Behauptung der Firma beweise. Es gehe aus diesem Satz hervor, daß die von der Firma Zeit gefassten 10 3 nicht auf die zweite Kriegszulage anzureichen seien und könnten; die Firma müsse deshalb zur Nachzahlung angehalten werden. Der Schlichtungsausschuß in Weimar entschied daraufhin in seiner Sitzung am 10. September 1917: „Die Firma Diederhoff & Widmann hat den bei ihr auf den Wäulen der Firma Zeit in Jena beschäftigten Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern am 27. April 1917 für jede Arbeitsstunde 10 3 nachzugeben, und werden die vor dem 27. April von der Firma Zeit gefassten 10 3 pro Stunde auch für die Folgezeit nicht auf die zweite Kriegszulage anzureichen“. Die Firma hat auf Grund dieser Entscheidung den erhöhten Lohn bereits am 1. September ausbezahlt, so daß die Streitfrage damit erledigt sein dürfte. Nach dieser Entscheidung beträgt die Kriegszulage der Jenaer Kollegen für die Stunde 8 3. Wenn die im Gläubiger- und Gen. beschäftigten Kollegen eine etwas höhere Wohnzulage vom 28. August an erhalten haben, so bekommen die übrigen Kollegen dafür die 10 3 vom 27. April bis 28. August nachgezahlt, was für jeden in Frage kommenden Kollegen ungefähr den Betrag von 11 108 ausmacht. Wenn damit die ursprüngliche Forderung von 20 3 Zulage die Stunde auch nicht erfüllt ist, so stellt das Erzeugende doch jedenfalls einen nennenswerten Erfolg dar.

Tilff. Wegen der fortwährenden Steigerung der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsartikel haben unsere Kollegen schon vor einiger Zeit den Zweigereinerverband errichtet, eine weitere Teuerungszulage zu verlangen. In einer am 24. September abgehaltenen Mitgliederversammlung, die sich in der Hauptfrage mit dieser Frage beschäftigte, wurde allgemein über die herrschende Teuerung gesprochen. In diesem Jahre geschah die Zulage von 10 3 die Stunde nicht in keinem Verhältnis zu den gesteigerten Ausgaben für die Lebenshaltung. Es kann auch nicht mehr für richtig befunden werden, daß in allen kleineren Orten (Lippevergen), die zum Bezirksverband gehören, die Stundenlöhne von 10 3 höher sind als in Tilff. Die 10 3 gelten als unangenehm niedrig für fremde Arbeitskräfte, obwohl bei dem heutigen Mangel an Maurern und Bauhilfsarbeitern gar nicht daran gedacht werden kann, Löhne aus anderen Orten Teurländens zu bekommen. Wir wünschen für die Teuerung wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne um 40 3 vorgezogen, weil diese Höhe

zum Teil von verschiedenen kleineren Unternehmen in der Umgebung von Albstadt gelehrt werden. Die Veranlassung...

25 Jahre im Dienst der deutschen Bauarbeiter steht in diesen Tagen unser Kollege Hermann Kober...

Der Schlichtungsausschuss beim königlichen Bezirkskommando Neuß...

Die Höhen des Krieges und die Täler des Friedens.

Eines unserer Verbandsmitglieder schreibt uns die 'Garde-Rede' mit einem Artikel von Professor Dr. F. Hasenpflug...

Wir finden, daß das eine sehr treffende Charakterisierung der Sachlagen ist...

Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Neuß.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Neuß überreicht uns folgendes Schriftstück: Auf Antrag des Arbeiters...

Der Schlichtungsausschuss beim königlichen Bezirkskommando Neuß, gez. Richter, Justizrat.

Eine Massenpetition der Kriegsbeschädigten an den Reichstag.

Man schreibt uns: Gestützt auf die überaus betrüblichen Ergebnisse, die eine im Meinland aufgenommene Statistik...

Arbeitsfreudigkeit.

Unter dieser Überschrift bringt die 'Deutsche Arbeiterzeitung' in ihrer Nr. 38 vom 9. September einen langen Artikel...

Näher auf diese niedrigen Anwürfe eingegangen, erwidert sie, es genügt, sie niedriger zu hängen. Meine Arbeit ist auch nur, einiges über die von Herrn Scheinmat...

Herrn, die Farbenfabriken waren zuerst, abgesehen von ungeschickten Abfertigungen und Klagen...

Die Durchführung der Feuerzuzulage im Bezirk Stettin.

Die Durchführung der am 27. April dieses Jahres beschlossenen Feuerzuzulage war im Bezirk Stettin keine sehr leichte Aufgabe...

Die Feuerzuzulagen wurden glatt gezahlt; nur in Greifswald mußte das Baugeschäft Rüdke etwas scharf in den Vertrag erinnert werden...

Auf 'Odermünde' in Cabelsch zahlte die Firma Diederhoff & Widmann bei Fabrikarbeiten den Zuschlag von 10 % für die Stunde nicht...

Die Organisationsverhältnisse im Zweigverein Nürnberg.

Der Vorstand unseres Nürnberger Zweigvereins hat am 1. Juli dieses Jahres festgestellt, wieviel Arbeiter im Organisationsgebiet Nürnberg...



also nicht indifferent. Außerdem wurden bei den Unternehmern, die der Bauernkriegsentscheidung angehören...

Internationale Bauarbeiterbewegung, Frankreich.

Konferenz des französischen Bauarbeiterverbandes.

Am 14. und 15. Juli dieses Jahres fand zum ersten Male seit Kriegsbeginn in Paris eine Konferenz des Nationalkomitees des französischen Bauarbeiterverbandes...

Die Neuwahlen zum geschäftsführenden Ausschuss waren nach dem Verbandstage 1914 kaum beendet, als der Krieg ausbrach. Durch die allgemeine Mobilmachung...

Infolge der wachsenden Verbandstätigkeit machte sich die Wiederaufstellung eines zweiten Sekretärs notwendig. Kollege Charbonnier ist dazu bestimmt worden...

Aus Unternehmerrreisen.

Dritte Kriegstagung des Vorstandes des Bauernverbandes deutscher Bauergewerkschafter.

Der Verband deutscher Bauergewerkschafter hielt seine dritte Kriegstagung in Schwetzingen ab. Wie im vergangenen Jahre in Hannover, war auch diese Versammlung von Vertretern...

Auf sozialem Gebiete war der Verband ebenfalls nach Kräften tätig. Er unterstützte die in den ersten Monaten nach Kriegsbeginn überall errichteten Volksküchen...

Im französischen Gewerkschaftsleben, vor allem im Gewerkschaftsbund, der Confédération générale du Travail, nahm der Bauarbeiterverband in den letzten drei Jahren einen hervorragenden Platz ein...

Die Diskussion über den Vorstandsbericht war sehr lang und teilweise sehr erregt. Ueber die innere Geschäftstätigkeit herrschte volle Übereinstimmung unter allen Delegierten.

Infolge der wachsenden Verbandstätigkeit machte sich die Wiederaufstellung eines zweiten Sekretärs notwendig. Kollege Charbonnier ist dazu bestimmt worden...

Bekanntmachung des Vorstandes.

Dem 23. bis 30. September haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse geleistet: Bauen 4.800, Pflanz...

Zentralkrankenkasse.

Im Monat September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin I. 4.000, Dresden-Größen 130, Frankfurt 40, Gagen 5, Groß...

Sterbefälle.

Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Bauernverbandes, von denen uns innerhalb einer Woche nach ihrem Tode Mitteilung gemacht wird. Sie sind folgendermaßen:

